

Die EU und ihre Bürger: Vertrauen zurückgewinnen

Bei seinem Amtsantritt hat der neue Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, eine deutliche Ansage gemacht: Er betrachte es als seine wichtigste Aufgabe, die Klüfte zu überwinden, die während der Krise in Europa entstanden sind. Europa braucht einen Neustart, das ist klar. Die europäische Wirtschaft erholt sich langsam aber stetig von der Krise. Aber dennoch, die Krise hat deutliche Spuren hinterlassen. Sechs Millionen Europäer haben ihren Arbeitsplatz verloren, die Jugendarbeitslosigkeit steht auf einem Rekordhoch. Deshalb ist der Auftrag klar: Wir müssen das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union zurückzugewinnen - dies ist das gesteckte Ziel der neuen Kommission.

Und in der Tat - die Europäische Union ist aus ihren Bürgern und für ihre Bürger gemacht. Dies legen nicht nur die europäischen Verträge fest, die besagen, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen. Dies muss auch im alltäglichen Leben der Europäer spürbar werden.

Im Europawahljahr 2014 wurden dafür bedeutende Grundsteine gelegt. Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden zum ersten Mal mit **Spitzenkandidaten** statt: Jean-Claude Juncker wurde als Spitzenkandidat der stärksten Fraktion vom Europäischen Rat als Präsident der Kommission vorgeschlagen und vom Europäischen Parlament gewählt. Erstmals ist damit eine direkte Beziehung zwischen den Ergebnissen einer Europawahl und dem Vorschlag des Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten hergestellt worden, was auch die demokratische Legitimität der gesamten Europäischen Kommission stärkt.

Die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament haben aber gleichzeitig gezeigt, dass noch ein langer Weg zu beschreiten ist. Insbesondere der Erfolg europakritischer Parteien und die sich darin artikulierende Europaskepsis sind Ausdruck eines tiefen Vertrauensverlustes in die Europäische Idee. Die Kommission nimmt diese Bedenken ernst und gleichzeitig zum Anlass, noch entschlossener für ein vereintes Europa der Bürgerinnen und Bürger

einzutreten. In diesem Sinne ist auch die politische Übereinkunft des Kommissionspräsidenten mit dem Europäischen Parlament zu sehen, in welcher er im Rahmen eines 10-Punkte-Programms die politischen Prioritäten für die kommenden fünf Jahre klar festlegt. Denn erste und wichtigste Grundlage für begründetes Vertrauen in die Europäische Union ist gute Arbeit – und diese will die Kommission liefern.

Zudem haben alle Kommissare explizit den Auftrag erhalten, stärker in den Mitgliedsstaaten und Medien präsent zu sein sowie den politischen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Der griechische Kommissar Avramopoulos ist speziell zuständig für das Thema Bürgerschaft.

Eines ist klar, wenn wir um das Vertrauen der Bürger werben: ‚Business as usual‘ ist keine Option - das zeigen auch die neuen **Regeln zur Transparenz, die die Kommission bereits in den ersten Wochen ihrer Amtszeit vorgelegt hat**. Im Grundsatz heißt das: Die Menschen in Europa sollen leichter nachvollziehen können, wie die Kommission arbeitet. Deshalb veröffentlicht sie seit dem 1. Dezember im Detail, mit welchen Interessenvertretern sich Kommissare und hochrangige Beamte zu welchen Gesprächsthemen treffen. Wir wollen auch auf die vielen Bürger eingehen, die zu Recht mehr Transparenz in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA fordern: Weitere Dokumente sollen hier der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. 2015 wird die Kommission einen Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat unterbreiten, mit dem ein verbindliches Lobbyisten-Register für alle drei Organe eingerichtet werden soll.

Von großer Bedeutung sind aber auch die **direkten Beteiligungsmöglichkeiten** der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Hier bietet die **europäische Bürgerinitiative** eine einzigartige Möglichkeit, direkt an der Gestaltung der EU-Rechtsvorschriften mitzuwirken und so „die Tagesordnung zu bestimmen“. Durch ihre Initiative können die Bürger die Europäische Kommission auffordern, sich mit einem bestimmten Thema gesetzgeberisch zu befassen – wie im Fall der ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative "Right2Water", die sich gegen eine Privatisierung des Wassers als öffentliches Gut wandte. Mindestens eine Million Unterschriften von einer bestimmten Zahl von Unterstützern in mindestens sieben Mitgliedstaaten müssen dafür zusammen kommen – und die Initiativen müssen solche Bereiche betreffen, in denen Kommission auch befugt ist, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Dass viele Bürger von diesem Recht schon Gebrauch gemacht haben, ist ein beeindruckendes Zeugnis dafür, dass politisches Engagement über nationale Grenzen hinweg funktionieren kann.

Aber die Kommission bittet die Europäer auch selbst zu Wort, bevor sie Vorschläge für Gesetze macht: Im Rahmen von **Konsultationen** kann jeder Bürger, Akteur oder Verband auf der Internetseite „Ihre Stimme in Europa“ seine Position und Ansichten zu Gesetzgebungsinitiativen mitteilen und mit anderen in Dialog treten. Zahlreiche Europäerinnen und Europäer sowie die organisierte Zivilgesellschaft beteiligten sich an solchen Konsultationen. Da diese Anhörungen in einer frühen Phase des europäischen Entscheidungsprozesses stattfinden, kann die Kommission die breite Öffentlichkeit von Anfang an einbinden und trägt so dazu bei, die entsprechenden Politiken im Ergebnis zu verbessern. Ein prominentes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die öffentliche Anhörung zum viel diskutierten Investitionsschutzkapitel in den TTIP-Verhandlungen, deren Ergebnisse zur Zeit ausgewertet werden.

Eine weitere wichtige Plattform zum Austausch bieten die sogenannten **Strukturierten Dialoge**. Was steckt dahinter? Diese Dialoge ermöglichen es der Kommission, ihre Programme besser auf die Bedürfnisse ihrer Partner in der Zivilgesellschaft abstimmen zu können. Innerhalb des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ etwa gibt es regelmäßige Begegnungen zwischen der Kommission und über 80 europäischer Organisationen, die sich rege beteiligen. Konkret werden durch das Programm zum einen Projekte und Aktivitäten finanziert, die den Informationsstand der Bürgerinnen und Bürger über die EU, ihre Geschichte und ihre Vielfalt vertiefen. Zum anderen können durch die Aktivitäten die Unionsbürgerschaft gefördert und die Voraussetzungen für eine demokratische Bürgerbeteiligung auf Unionsebene verbessert werden.

Uns ist natürlich klar: Für viele Menschen wirkt die Europäische Union fern und dessen Entscheidungen und Debatten schwer greifbar. Deshalb ist es uns so wichtig, direkt mit Bürgern in Kontakt zu kommen, und zwar vor Ort. Gelegenheit dazu bieten **Bürgerdialoge**, die wir auch im Jahr 2014 in ganz Deutschland organisiert haben. Wie der Name schon sagt: Hier geht es um mehr als nur Informationsvermittlung, sondern um einen echten Austausch von Standpunkten, ums Zuhören, und darum, auch mal am Rande persönlich ins Gespräch zu kommen. Im Januar zum Beispiel diskutierten wir mit 250 Hamburgern die Rolle Europas in der Welt und im Februar in Halle mit rund 100 Teilnehmern über den Datenschutz in der Europäischen Union. Da ging es auch schon mal kontrovers zu – auf dem Podium reagierten Europaabgeordnete, Vertreter der Europäischen Kommission, Experten und Akademiker auf die Fragen und Kritikpunkte der Bürger. Bürgerdialoge sollen dabei Foren für die Themen sein, die die Menschen besonders beschäftigen – das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ist eines davon. Die Kommission hat daher in Zusammenarbeit

mit weiteren Partnern wie der Europa-Union eine ganze Dialog-Reihe organisiert: ‚TTIP – Wir müssen reden‘. Der Startschuss hierzu fiel im Oktober 2014 in Kiel. Weitere TTIP-Dialoge sind in Nürnberg, Leverkusen und mehreren anderen deutschen Städten geplant.

Aber wir Bürger sollen nicht nur mitdiskutieren, sondern uns auch direkt Unterstützung für unsere Anliegen suchen können. So kann man sich mit Beschwerden an den **Europäischen Bürgerbeauftragten** wenden oder von unserem nunmehr explizit in Art. 44 der Grundrechte-Charta verankerten **Petitionsrecht** beim Europäischen Parlament Gebrauch machen. Zudem stehen die gewählten **Abgeordneten** natürlich auch selbst als Ansprechpartner für bürgerschaftliche Anliegen bereit.

Der Vertrag von Lissabon hat die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bedeutend verbessert. Die neue Kommission sieht sich in der Verantwortung, diese Möglichkeiten weiter auszubauen. Die anstehenden Herausforderungen sind aber nicht im Alleingang zu bewältigen. Sie erfordern eine konstruktive Zusammenarbeit von Kommission, Mitgliedstaaten und den anderen europäischen Institutionen im Sinne eines europäischen Verantwortungsverbundes: Mehr Vertrauen in Europa können wir nur gemeinsam schaffen. Am Ende ist das natürlich auch vom Engagement jedes einzelnen abhängig. Deshalb ist das Vorhaben von Präsident Juncker nicht nur ein Versprechen, sondern kann auch als eine Ermutigung zu aktiver Teilhabe verstanden werden. Denn die Europäische Union ist zwar für ihre Bürger, vor allem aber *aus* und *mit* ihnen gemacht.

Autor:

Richard Kühnel - Jurist und Diplomat; seit 1. Juni 2014 Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland (Berlin).

Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12336_de.htm

Kontakt: Richard.KUEHNEL@ec.europa.eu